

NR-Sitzung vom 16. Juni 2016

Sabine Oberhauser wird Frauenministerin [\(1183 d.B.\)](#)

Mit einer Novelle des Bundesministeriengesetzes wandern die Angelegenheiten der Frauen- und Gleichstellungspolitik vom Bildungsministerium ins Ressort von Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser. Schon bisher als Ministerin als auch früher als ÖGB-Frauenvorsitzende hat Sabine Oberhauser bewiesen, dass Gleichstellungsfragen für sie zentral sind.

Handysignatur – Vertragsabwicklung wird unbürokratischer [\(1184 d.B.\)](#)

Mit einem neuen Gesetz über elektronische Signaturen und Vertrauensdienste wird die Abwicklung von Rechtsgeschäften modernisiert und bürokratisch erleichtert. Das Gesetz verankert die elektronische Handysignatur als gleichwertig zur eigenhändigen Unterschrift. Ausgenommen von der elektronischen Signatur sind letztwillige Verfügungen. Unternehmen können außerdem die elektronische Signatur nicht mehr in versteckten Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausschließen – das stärkt die Rechte von KonsumentInnen. Österreich bleibt damit ein Vorreiter im e-government-Bereich. Rund 660.000 Menschen in Österreich nutzen bereits die Handy-Signatur, Tendenz stark steigend.

Rechnungshof-Bericht zu Finanzausgleich [\(1159 d.B.\)](#)

Ein Sammelbericht des Rechnungshofes beschäftigt sich mit den Finanzströmen zwischen Bund und Ländern. Die Aufteilung der Gelder an die Gemeinde erfolgte auf der Grundlage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels und zusätzlichen Aufteilungskriterien. Der Rechnungshof kritisierte, dass diese Kriterien oft aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt. Die hochkomplexe Berechnung der Gemeindeertragsanteile machte die Zuteilung der Gemeindeertragsanteile durch die Länder nicht nur fehleranfällig, sondern auch intransparent und für einzelne Gemeinden schwer nachvollziehbar, bemängelt der Rechnungshof.

Wahl der Rechnungshofpräsidentin [\(1182 d.B.\)](#) – s. Top-Themen

Schulrechtsänderungsgesetz 2016 [\(1167 d.B.\)](#) – s. Top-Themen

Neue Landwirtschaftsschule in Tirol [\(1168 d.B.\)](#)

Mit diesem Antrag wurde die Errichtung der Höheren Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sowie Lebensmittel- und Biotechnologie in Rotholz (Tirol) beschlossen.

Feststellung der Schulpflicht bei "Frühchen" [\(1169 d.B.\)](#)

Es soll geprüft werden, ob eine Gesetzesänderung sinnvoll ist, damit Eltern von sehr früh geborenen Kindern die Wahlfreiheit haben: Wird die Schulpflicht nach dem tatsächlichen oder dem berechneten Geburtsdatum laut Mutter-Kind-Pass berechnet?

Einbindung der Volksgruppen in Verhandlungen zur Bildungsreform [\(1170 d.B.\)](#)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Einbindung der Volksgruppen-VertreterInnen in die Bildungsreformgespräche weiterhin sicherzustellen und möglichst auch Besonderheiten des Minderheitenschulwesens dabei mit zu berücksichtigen.

Einbindung der SchulpartnerInnen in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich [\(1171 d.B.\)](#)

Die Bildungsministerin soll alle erforderlichen Schritte einleiten, um die jeweils geeignete Beratung und Einbindung von Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen in jeweils zu definierenden Themenbereichen auf Schul-, Landes- oder Bundesebene zu ermöglichen und erforderlichenfalls gesetzlich zu verankern.